

VOM CHAT AUF DIE STRASSE

Pädagogische Antworten auf queerfeindliche
Mobilisierung von rechten Jugendlichen

8. OKTOBER 2026 | 18–20 UHR | ONLINE

Anmeldung: kurswechsel@cjd.de

(Extrem) rechte wie z. B. queerfeindliche Einstellungen unter jungen Menschen werden sichtbarer. „Neue rechte Jugendgruppen“ organisieren sich gezielt online und mobilisierten in den letzten drei Jahren bundesweit gegen CSDs.

Im viel beachteten Prozess gegen die „Letzte Verteidigungswelle“ wurden im Sommer 2026

acht Jugendliche und junge Erwachsene zu Jugendstrafen von anderthalb bis fünf Jahren Haft verurteilt. Die zur Tatzeit 14 bis 21 Jahre alten Angeklagten wurden wegen versuchten Mordes, Brandstiftung sowie Mitgliedschaft in oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung schuldig gesprochen. Ihre Motive: Rassismus und Queerfeindlichkeit.

In einem gesellschaftlichen Klima, in dem heteronormative Rollenbilder als vermeintlich „natürliche Ordnung“ verteidigt werden und Transfeindlichkeit bis weit in die Mitte der Gesellschaft reicht, fehlt oft der klare Widerspruch. Für Soziale Arbeit und Schule wirft dies dringende Fragen auf: Wie reagieren wir souverän auf Diskriminierung im Klassenzimmer oder Jugendclub? Und wie begegnen wir Jugendlichen

pädagogisch, bevor Radikalisierung in Gewalt mündet?

Wir betrachten das Thema umfassend, beginnen mit einer Analyse der Anti-CSD-Aktivitäten (CeMAS) und schlagen dann die Brücke von der **Primärprävention** (z. B. durch Schulworkshops von SCHLAU) über die **Sekundärprävention** bis hin zur **Tertiärprävention** (Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit

von Kurswechsel in Hamburg, von KAST in Schleswig-Holstein und von JUMP in Mecklenburg-Vorpommern).

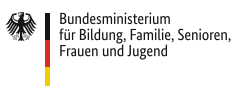
Die Veranstaltung bietet fundierte Einblicke in die pädagogische Praxis, konkrete Lösungsansätze und Raum für fachlichen Austausch. Eingeladen sind Multiplikator*innen aus pädagogischen Kontexten und weitere Interessierte.

Eine Veranstaltung mit:



Als Veranstaltende behalten wir uns vor, von unseren Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die extrem rechten Parteien oder Organisationen angehören, der extrem rechten Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch antisemitische, rassistische, völkische, nationalistische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zu Veranstaltungen zu verwehren oder von diesen auszuschließen.

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Regional gefördert von

